

Körperschaftsteuer

Bearbeitet von
Birgit Jäger, Friedbert Lang, Matthias Künze

19. Auflage 2016. Buch. Rund 975 S. Hardcover
ISBN 978 3 8168 1069 8

[Steuern > Körperschaftsteuer, Umwandlungssteuerrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Grüne Reihe

6

Steuerrecht für Studium und Praxis

Jäger

Lang · Künze

Körperschaft- steuer

19. Auflage

Körperschaft- steuer

Von

Dipl.-Finanzwirtin (FH) Birgit Jäger,
Dipl.-Finanzwirt (FH) Friedbert Lang,
Dipl.-Finanzwirt (FH) Matthias Künze

19. Auflage

2016

Herausgeber:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8168-1069-8

© 2016 Erich Fleischer Verlag, Achim.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: WP Verpackungen GmbH, Bremen

Vorwort zur 19. Auflage

„Halten Sie sich den Kopf frei für Wichtigeres als ... Körperschaftsteuer!“ – Eine seltsame Aufforderung am Beginn eines Buches, das sich auf fast tausend Seiten (nahezu) ausschließlich mit Körperschaftsteuer befasst. Zumal es in den Augen der Autoren natürlich (fast) nichts Wichtigeres gibt als Körperschaftsteuer ... Wir wollen Sie damit auch nicht gleich am Anfang vom Lesen abhalten. Dennoch: Dieser Band will Ihnen den Rücken (und natürlich den Kopf) auch für andere Dinge freihalten. Wer die Körperschaftsteuer und den Umgang mit ihr versteht, hat mehr Zeit für Anderes – für andere Steuerarten oder auch für Privates!

Um dieses Ziel bei unseren Lesern zu erreichen, haben wir einerseits die systematischen Grundlagen der Körperschaftsteuer ausführlich dargestellt, den vorliegenden Band aber auch wieder umfassend überarbeitet. Zwar ist eine große Körperschaftsteuerreform seit dem Erscheinen der letzten Auflage im Jahr 2009 ausgeblieben. Dennoch haben sich zahlreiche große und kleine Änderungen durch Gesetzgeber, Rechtsprechung und Finanzverwaltung ergeben, die wir eingearbeitet haben. Zu nennen sind hier insbesondere:

- Die Entschärfung des § 8 c KStG durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und das Steueränderungsgesetz 2015;
- die kleine Organschaftsreform mit umfassenden Neuregelungen im Organschaftsrecht (die mehrfach angekündigte Abschaffung der Organschaft und Einführung einer „modernen“ Gruppenbesteuerung ist bisher immer noch ausgeblieben und auch in nächster Zeit wohl nicht mehr geplant);
- Entschärfungen bei der Zinsschranke;
- die neue Steuerpflicht der Streubesitzdividenden ab März 2013;
- das Ehrenamtsstärkungsgesetz mit seinen filigranen Änderungen für gemeinnützige Körperschaften;
- Ausweitung des Korrespondenzprinzips ab 2014;
- die Verschärfung bei Einbringungen in Kapitalgesellschaften nach §§ 20, 21 UmwStG ab 2015;
- die neuen Körperschaftsteuer-Richtlinien 2015 und Körperschaftsteuerhinweise 2015, die von der Finanzverwaltung in etwa zeitgleich mit diesem Band veröffentlicht werden (in den neuen KStR wurde dabei auch eine völlige Neunummerierung der einzelnen Abschnitte vorgenommen);
- der Umwandlungssteuer-Erlass vom 11.11.2011, der die Verwaltungsauffassung zur Auslegung des Umwandlungssteuergesetzes umfassend erläutert;
- Änderungen bei der Anteilseignerbesteuerung im Zusammenhang mit dem Teilabzugsverbot (Forderungsverluste, verbilligte Nutzungsüberlassungen) und bei der Abgeltungsteuer;
- neue Verwaltungslinie zum Erwerb und zur Weiterveräußerung eigener Anteile;

- BFH-Rechtsprechung zu verdeckten Gewinnausschüttungen (z. B. bei Pensionszusagen) und zu verdeckten Einlagen.

Die Körperschaftsteuer stellt Praktiker und Studierende immer wieder vor Herausforderungen. Dieser Band will beiden Zielgruppen eine Hilfe sein, mit den Tücken dieser Steuerart umzugehen. Er eignet sich also sowohl für Lernende, die sich erstmals mit dieser Steuerart beschäftigen, als auch als Nachschlagewerk zur Lösung von Praxisproblemen im Zusammenhang mit der Erstellung von Körperschaftsteuererklärungen. Auch die Besteuerung der Anteilseigner haben wir bei den jeweiligen Problembereichen jeweils umfassend erläutert (Teileinkünfteverfahren, Abgeltungssteuer, Betriebsaufspaltung usw.).

Ein besonderer Dank gilt Birgit Jäger, die diesen Band über viele Jahre und Auflagen federführend fortentwickelt und begleitet hat. Sie hat sich nun aus dem Autorenteam verabschiedet. Dafür hat Diplom-Finanzwirt Matthias Künze erstmalig mit dieser Auflage die bisher von Frau Jäger bearbeiteten Themenbereiche übernommen. Ein herzliches „Danke“ auch unserer Kollegin Sarah Dobler, die uns bei der Überarbeitung mit Rat und Tat zur Seite stand.

Für Anregungen und Kritik sind wir dankbar.

Ettlingen / Stutensee, im März 2016

Matthias Künze, Friedbert Lang

Rechtsgrundlagen:

- | | |
|------------------|---|
| KStG | i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl I S. 4144, BStBl I S. 1169), zuletzt geändert durch das Steueränderungsgesetz 2015 vom 02.11.2015, BGBl I S. 1834, BStBl I S. 846 |
| KStDV | i. d. F. der Bekanntmachung vom 22. Februar 1996 (BGBl I S. 365, BStBl I S. 191), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 01.04.2015, BGBl I S. 434 |
| KStR 2015 | vom 06.04.2016 (BStBl I Sondernummer 1/2016) mit Hinweisen 2015 (KStH 2015) |

1	Einführung	33
1.1	Geschichtliche Entwicklung des Körperschaftsteuerrechts und Wesen der Körperschaftsteuer	33
1.2	Systemwandel: vom Anrechnungsverfahren über das Halbeinkünfteverfahren zur Abgeltungsteuer und zum Teileinkünfteverfahren	41
1.3	Belastungsvergleiche und Rechtsformüberlegungen	43
2.	Steuerpflicht	50
2.1	Anwendungsbereich des KStG und Abgrenzung gegenüber dem EStG	50
2.1.1	Allgemeines	50
2.1.2	Abgrenzung der Körperschaftsteuerpflicht nach § 3 KStG	52
2.2	Die unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht	54
2.2.1	Grundsätzliches	54
2.2.2	Die Voraussetzungen der unbeschränkten Steuerpflicht	54
2.3	Die unbeschränkt steuerpflichtigen Steuersubjekte	55
2.3.1	Allgemeines	55
2.3.2	Aktiengesellschaften (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	57
2.3.3	Kommanditgesellschaften auf Aktien (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	58
2.3.4	Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	59
2.3.5	Kapitalverwaltungsgesellschaft	61
2.3.6	Europäische Aktiengesellschaft – SE (Societas Europaea) (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	63
2.3.7	REIT (Real Estate Investment Trust)	66
2.3.8	Gesellschaften ausländischen Rechts	68
2.3.8.1	Allgemeines	68
2.3.8.2	Private Company Limited by Shares	68
2.3.8.3	Limited Liability Company	70
2.3.9	Wirtschaftliche Zusammenschlüsse	70
2.3.9.1	Verbundene Unternehmen – Konzerne	70
2.3.9.2	Organschaft	71
2.3.9.3	Schachtelbeteiligung	71
2.3.9.4	Kartelle und Syndikate	71
2.3.9.5	Lose Unternehmenszusammenschlüsse	72
2.3.10	Genossenschaften (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	73
2.3.11	Europäische Genossenschaft (SCE) (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	75
2.3.12	Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 KStG)	77
2.3.13	Sonstige juristische Personen des privaten Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 KStG)	78
2.3.14	Nicht rechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 5 KStG)	80

Inhaltsübersicht

2.3.15	Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 6, § 4 KStG)	82
2.3.15.1	Allgemeines	82
2.3.15.2	Ausübung der öffentlichen Gewalt (Hoheitsbetrieb)	84
2.3.15.3	Rechtsformen kommunaler Unternehmen	88
2.3.15.4	Die Einrichtung i. S. des § 4 Abs. 1 KStG	89
2.3.15.5	Nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen	90
2.3.15.6	Das Merkmal des wirtschaftlichen Heraushebens (Gewichtigkeit) .	92
2.3.15.7	Beispiele für Betriebe gewerblicher Art	93
2.3.15.8	Vereinfachtes Prüfungsschema zum Vorliegen eines Betriebs gewerblicher Art	95
2.3.15.9	Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Betriebe gewerblicher Art (§ 4 Abs. 2 KStG)	95
2.3.15.10	Versorgungs- und Verkehrsbetriebe (§ 4 Abs. 3 KStG)	96
2.3.15.11	Die Verpachtung eines Betriebs gewerblicher Art (§ 4 Abs. 4 KStG)	96
2.3.15.12	Betriebe gewerblicher Art durch Betriebsaufspaltung	97
2.3.15.13	Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art	99
2.3.15.13.1	Gleichartige Betriebe	101
2.3.15.13.2	Enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung	101
2.3.15.13.3	Betriebe i. S. von § 4 Abs. 3 KStG	102
2.3.15.13.4	Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art in Kapitalgesellschaften	102
2.3.15.14	Einlage von Beteiligungen in Betriebe gewerblicher Art	106
2.3.15.15	Steuerbelastung bei Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	108
2.4	Die beschränkte Körperschaftsteuerpflicht	110
2.4.1	Allgemeines	110
2.4.2	Die ausländischen Körperschaften i. S. des § 2 Nr. 1 KStG	111
2.4.3	Die inländischen Einkünfte i. S. des § 49 EStG	112
2.4.3.1	Allgemeines	112
2.4.3.2	Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG)	112
2.4.3.3	Inländische Betriebsstätte und inländischer Vertreter	113
2.4.4	Ermittlung und Besteuerung der inländischen Einkünfte	114
2.4.5	Die beschränkte Steuerpflicht nach § 2 Nr. 2 KStG	116
2.4.6	Die Abgeltung der Körperschaftsteuer durch den Steuerabzug (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 KStG)	117
2.4.6.1	Beschränkte Steuerpflicht nach § 2 Nr. 1 KStG	117
2.4.6.2	Beschränkte Steuerpflicht nach § 2 Nr. 2 KStG	119
2.4.7	Beispiele zur beschränkten Steuerpflicht	119
2.5	Gesamtübersicht über die persönliche Steuerpflicht	121
2.6	Beginn der Steuerpflicht	122
2.7	Ende der Steuerpflicht	125

2.8	Wechsel der Steuerpflicht	127
3.	Das Einkommen	129
3.1	Allgemeines	129
3.1.1	Bemessungsgrundlage	129
3.1.2	Veranlagungszeitraum, Ermittlungszeitraum	129
3.1.2.1	Veranlagungszeitraum	129
3.1.2.2	Ermittlungszeitraum	129
3.1.2.3	Wirtschaftsjahr als Ermittlungszeitraum	130
3.1.3	Allgemeines über Einkünfte und Einkommen der Körperschaften	132
3.1.4	Einkünfte der unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften i. S. des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 KStG	133
3.1.5	Einkünfte der nicht unter § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 KStG fallenden Körperschaften	137
3.1.6	Einkünfte und Einkommen der Betriebe gewerblicher Art	141
3.2	Allgemeines über die Gewinnermittlung	145
3.3	Die Gewinnermittlung bei Körperschaften	146
3.3.1	Allgemeines	146
3.3.2	Bilanzierung und Rechnungslegung der Kapitalgesellschaften	147
3.3.2.1	Grundsätzliches	147
3.3.2.2	Zur Bilanzierung und Bewertung in der Handels- und Steuerbilanz	147
3.3.3	Gesellschaftskapital, Gesellschaftsvermögen, Rücklagen und Rückstellungen	148
3.3.3.1	Gezeichnetes Kapital	149
3.3.3.2	Kapitalrücklagen	149
3.3.3.3	Gewinnrücklagen	150
3.3.3.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	151
3.3.3.5	Bilanzgewinn/Bilanzverlust	151
3.3.3.6	Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten	152
3.3.3.7	Steuerfreie Rücklagen	153
3.3.4	Die Buchung nicht abziehbarer Aufwendungen	153
3.3.4.1	Buchung der Gewinnverwendungen	153
3.3.4.2	Steuerliche Behandlung und Buchung der Kapitalertragsteuer	154
3.3.4.3	Buchung der Körperschaftsteuer	158
3.3.4.4	Buchung anderer nicht abziehbarer Aufwendungen	158
3.3.5	Einkommensermittlungsschema für buchführungspflichtige Körperschaften	158
3.4	Veränderung des Grund- oder Stammkapitals	160
3.4.1	Allgemeines	160
3.4.2	Gesellschaftsrechtliche Einlagen	160
3.4.2.1	Einlagen bei Gesellschaftsgründung	161

Inhaltsübersicht

3.4.2.2	Die Erhöhung des Nennkapitals	161
3.4.3	Gesellschaftsrechtliche Vermögensminderungen	161
3.4.3.1	Gewinnausschüttungen	161
3.4.3.2	Herabsetzung des Nennkapitals	162
3.5	Vermögensmehrungen auf gesellschaftlicher Grundlage (offene und verdeckte Einlagen)	162
3.5.1	Allgemeines	162
3.5.2	Offene (gesellschaftsrechtliche) Einlagen	163
3.5.3	Verdeckte Einlagen	164
3.5.3.1	Ursächlichkeit des Gesellschaftsverhältnisses	165
3.5.3.2	Nahestehende Person	166
3.5.4	Die einlagefähigen Wirtschaftsgüter	167
3.5.4.1	Allgemeines	167
3.5.4.2	Nicht einlagefähige Vermögensvorteile	170
3.5.5	Bewertung der (verdeckten) Einlage	171
3.5.5.1	Allgemeines	171
3.5.5.2	Grundsätzliche Bewertung bei der Kapitalgesellschaft	172
3.5.5.3	Grundsätzliche Bewertung beim Gesellschafter, wenn die Gesellschaftsanteile zum Privatvermögen des Gesellschafters gehören	173
3.5.5.4	Bewertung der Einlage, wenn die Gesellschaftsanteile zum Betriebsvermögen des Gesellschafters gehören	173
3.5.5.5	Verdeckte Einlage einer Beteiligung i. S. von § 17 EStG	175
3.5.5.6	Verdeckte Einlage eines Wirtschaftsguts innerhalb der Veräußerungsfrist des § 23 EStG	176
3.5.5.7	Bewertung der Einlage bei Betriebseröffnung	176
3.5.5.8	Bewertung in den Fällen des Forderungsverzichts bei der Kapitalgesellschaft	177
3.5.5.9	Bewertung in den Fällen des Forderungsverzichts beim Gesellschafter	180
3.5.5.10	Bewertung beim Verzicht auf eine Pensionsanwartschaft	182
3.5.5.11	Bewertung im Falle einer Erbschaft	184
3.5.6	Auswirkungen der verdeckten Einlage bei der Kapitalgesellschaft	185
3.5.6.1	Auswirkung auf das zu versteuernde Einkommen	185
3.5.6.2	Auswirkung auf das steuerliche Einlagekonto i. S. des § 27 KStG	185
3.5.7	Die steuerliche Behandlung der Einlagen beim Gesellschafter	186
3.5.7.1	Auswirkung der verdeckten Einlage auf die Anschaffungskosten der Beteiligung	186
3.5.7.1.1	Anteile im Privatvermögen	186
3.5.7.1.2	Anteile im Betriebsvermögen	187
3.5.7.2	Auswirkungen auf die Anschaffungskosten der Beteiligungen bei Drittaufwand	190
3.5.7.2.1	Grundsatz: kein Abzug von Drittaufwand	190

3.5.7.2.2	Nachträgliche Anschaffungskosten bei mittelbar verdeckter Einlage bzw. abgekürztem Zahlungsweg	191
3.5.7.2.3	Nachträgliche Anschaffungskosten bei Aufwendungen des Dritten auf eigene Verbindlichkeit, aber im wirtschaftlichen Interesse des Gesellschafters	192
3.5.7.2.4	Nachträgliche Anschaffungskosten bei Darlehen, Bürgschaften und anderen Finanzierungshilfen eines Dritten unter Berücksichtigung des Eigenkapitalersatzes	193
3.5.7.3	Verdeckte Einlage und Zufluss beim Gesellschafter	195
3.5.7.4	Abzugsbeschränkungen bei unentgeltlichen oder teilentgeltlichen Nutzungsüberlassungen vom Gesellschafter an die Gesellschaft	197
3.5.7.4.1	Überquotale Nutzungsüberlassung	197
3.5.7.4.2	Abzugsbeschränkung durch § 3 c Abs. 2 EStG	198
3.5.7.4.3	Abzugsbeschränkung durch § 20 Abs. 9 EStG	199
3.5.7.4.4	Beispielfälle zu den Abzugsbeschränkungen bei Nutzungsüberlassungen	200
3.5.8	Korrespondenzprinzip für verdeckte Einlagen	202
3.5.8.1	Allgemeines	202
3.5.8.2	Grundfall nach § 8 Abs. 3 Satz 4 KStG	202
3.5.8.3	Sonderfall des § 8 Abs. 3 Sätze 5 und 6 KStG (sog. Dreiecksfälle)	204
3.5.8.4	§ 32 a Abs. 2 KStG	204
3.5.8.4.1	Grundsatz	204
3.5.8.4.2	Auswirkung auf den Feststellungsbescheid des steuerlichen Einlagekontos	205
3.5.8.4.3	Ablaufhemmung nach § 32 a KStG	205
3.5.9	Einzelfälle	206
3.5.10	Die Rückgewähr von Einlagen	208
3.6	Offene und verdeckte Ausschüttungen	210
3.6.1	Allgemeines	210
3.6.2	Offene Gewinnausschüttungen	211
3.6.3	Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung	211
3.6.3.1	Grundsatz	211
3.6.3.2	Vermögensminderung/verhinderte Vermögensmehrung	212
3.6.3.3	Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis	213
3.6.3.4	Auswirkung auf den Unterschiedsbetrag gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 EStG	215
3.6.3.5	Abgrenzung zur offenen Gewinnausschüttung	215
3.6.3.6	Weitere Aspekte bei der Abgrenzung von verdeckten Gewinnausschüttungen	216
3.6.3.6.1	Unüblichkeit der Vereinbarung	216
3.6.3.6.2	Gewinnverteilungsabsicht	217
3.6.3.6.3	Handelnde Personen	218
3.6.3.6.4	Vorteilsgewährende Körperschaft	218
3.6.3.6.5	Abgrenzung verdeckte Gewinnausschüttung / Liebhaberei	219

Inhaltsübersicht

3.6.3.6.6	Beweislast	220
3.6.4	Grundbeispiele verdeckter Gewinnausschüttungen	220
3.6.5	Rückwirkungsverbot	221
3.6.5.1	Grundsatz	221
3.6.5.2	Wer ist beherrschender Gesellschafter?	223
3.6.5.3	Klare und eindeutige Vereinbarung	224
3.6.5.4	Zivilrechtliche Wirksamkeit	226
3.6.5.4.1	Allgemeines	226
3.6.5.4.2	Formvorschriften	227
3.6.5.4.3	Selbstkontrahierungsverbot	228
3.6.5.4.4	Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung	229
3.6.5.4.5	Aufzeichnungspflichten	230
3.6.5.5	Keine Rückwirkung	230
3.6.5.6	Tatsächliche Durchführung	231
3.6.6	Der Vorteilsausgleich	233
3.6.7	Umfang und Bewertung der verdeckten Gewinnausschüttung	234
3.6.8	Steuerliche Folgen der verdeckten Gewinnausschüttung	236
3.6.8.1	Auswirkungen bei der Gesellschaft	236
3.6.8.1.1	Einkommensermittlung	236
3.6.8.1.2	Änderung der Körperschaftsteuer	238
3.6.8.2	Auswirkungen beim Gesellschafter	239
3.6.8.2.1	Allgemeines	239
3.6.8.2.2	Folgen im Anwendungsbereich der Abgeltungsteuer	239
3.6.8.2.3	Folgen im Teileinkünfteverfahren	240
3.6.8.2.4	Weitere Folgen beim Gesellschafter	242
3.6.8.3	Zeitliche Differenzen zwischen den einzelnen Folgen	243
3.6.8.4	Formelle und materielle Verknüpfungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	244
3.6.8.4.1	Problemstellung	244
3.6.8.4.2	Steuerbefreiung setzt aber Hinzurechnung bei der Körperschaft voraus	246
3.6.8.4.3	Regelungen für verdeckte Einlagen	248
3.6.8.4.4	Auswirkung auf sog. Dreiecksfälle	249
3.6.8.4.5	Zeitliche Anwendung	251
3.6.8.5	Auswirkungen auf andere Steuerarten	251
3.6.8.5.1	Umsatzsteuer	251
3.6.8.5.2	Auswirkungen auf die Gewerbesteuer	253
3.6.9	Verdeckte Gewinnausschüttung und Kapitalertragsteuer	254
3.6.10	Beispiele für verdeckte Gewinnausschüttungen	257
3.6.10.1	Dienstverträge mit Gesellschaftern, Rückwirkungsverbot	257
3.6.10.1.1	Allgemeines	257
3.6.10.1.2	Zivilrechtliche Wirksamkeit von Dienstverträgen	259

3.6.10.1.3	Tatsächliche Durchführung von Dienstverträgen, Ernsthaftigkeit der Vereinbarung	260
3.6.10.1.4	Angemessenheit der Bezüge	262
3.6.10.1.5	Rückwirkungsverbot bei Anstellungsverträgen	268
3.6.10.1.6	Nebenleistungen zum Gehalt	271
3.6.10.2	Tantiemevereinbarungen mit dem Gesellschafter-Geschäftsführer	274
3.6.10.3	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer	278
3.6.10.3.1	Grundsätzliches	278
3.6.10.3.2	Rechtsverbindliche Zusage	280
3.6.10.3.3	Voraussetzungen des § 6 a EStG	281
3.6.10.3.4	Ernsthaftigkeit der Zusage	283
3.6.10.3.5	Finanzierbarkeit	284
3.6.10.3.6	Erdienbarkeit	286
3.6.10.3.7	Rückwirkungsverbot; Nachzahlungsverbot	289
3.6.10.3.8	Angemessenheit	290
3.6.10.3.9	Korrektur außerhalb der Steuerbilanz	296
3.6.10.3.10	Unverfallbarkeit von Pensionszusagen	298
3.6.10.3.11	Pensionszahlungen neben Aktivgehalt	299
3.6.10.3.12	Abfindung von Pensionszusagen	299
3.6.10.4	Wettbewerbsverbot/Geschäftschancenlehre	301
3.6.10.4.1	Frühere Rechtsprechung	301
3.6.10.4.2	Geänderte Rechtsprechung zum Wettbewerbsverbot	301
3.6.10.4.3	Die Geschäftschancenlehre	302
3.6.10.4.4	Prüfungsschema zum Wettbewerbsverbot	304
3.6.10.5	Darlehensverträge mit Gesellschaftern	305
3.6.10.5.1	Unangemessene Verzinsung	305
3.6.10.5.2	Darlehensgewährung als verdeckte Gewinnausschüttung	308
3.6.10.5.2.1	Darlehensgewährung von der Gesellschaft an den Gesellschafter	308
3.6.10.5.2.2	Darlehensgewährung vom Gesellschafter an die Gesellschaft	309
3.6.10.5.3	Späterer Darlehensverzicht oder Ausfall der Darlehensforderung	310
3.6.10.6	Kaufverträge mit Gesellschaftern	311
3.6.10.7	Miet- und Pachtverträge	316
3.6.10.8	Schuldübernahme zum Vorteil eines Gesellschafters	319
3.6.10.9	Sonstige Verträge mit Gesellschaftern und Einzelfälle	321
3.6.10.10	Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen zwischen Schwestergesellschaften	325
3.6.11	Verdeckte Gewinnausschüttungen bei einer GmbH & Co. KG	327
3.6.12	Verdeckte Gewinnausschüttungen bei Betrieben gewerblicher Art und bei Eigenesellschaften der öffentlichen Hand	332
3.6.12.1	Grundsätze	332
3.6.12.2	Sonderproblem Dauerverluste	334
3.6.12.3	Spartentrennung bei Eigenesellschaften	336
3.6.13	„Rückgängigmachung“ von Ausschüttungen	337

Inhaltsübersicht

3.7	Einschränkungen der Fremdfinanzierung durch die Zinsschranke	342
3.7.1	Grundüberlegungen und historische Entwicklung	342
3.7.2	Die Zinsschranke (§ 4 h EStG/§ 8 a KStG)	343
3.7.2.1	Grundprinzip und zeitliche Anwendung	343
3.7.2.2	Fremdkapital im Sinne der Zinsschranke	346
3.7.2.3	Begriff der Zinsaufwendungen und der Zinserträge	346
3.7.2.4	Maßgeblicher Gewinn und 30 %-Berechnung	348
3.7.2.5	Der EBITDA-Vortrag	351
3.7.2.5.1	Hintergrund	351
3.7.2.5.2	Die Bildung des EBITDA-Vortrags	351
3.7.2.5.3	Verwendung des EBITDA-Vortrags	351
3.7.2.5.4	Zeitfragen des EBITDA-Vortrags	352
3.7.2.5.5	Weitere Gründe für den Wegfall eines EBITDA-Vortrags	353
3.7.2.5.6	Verfahrensfragen	353
3.7.2.6	Ausnahmen von der Zinsschranke (§ 4 h Abs. 2 EStG)	354
3.7.2.6.1	Freigrenze (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. a EStG)	354
3.7.2.6.2	Nicht konzernangehörige Betriebe (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. b EStG)	354
3.7.2.6.3	Escape-Klausel (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. c EStG)	355
3.7.2.6.3.1	Grundsatz	355
3.7.2.6.3.2	Maßgebliche Rechnungslegungsvorschriften	356
3.7.2.6.3.3	Maßgeblicher Zeitpunkt	356
3.7.2.7	Berechnung der Quote	357
3.7.2.8	Vorzunehmende Korrekturen	357
3.7.2.9	Folgen der Escape-Klausel und Einzelprobleme	358
3.7.2.10	Übersicht	359
3.7.2.11	Besonderheiten für Kapitalgesellschaften (§ 8 a KStG)	359
3.7.2.11.1	Anwendbarkeit des § 4 h EStG	359
3.7.2.11.2	Rückausnahme trotz fehlender Konzernzugehörigkeit (§ 8 a Abs. 2 KStG)	360
3.7.2.11.3	Rückausnahme von der Escape-Klausel (§ 8 a Abs. 3 KStG)	362
3.7.2.11.4	Übersicht zur Zinsschranke bei einer Kapitalgesellschaft	363
3.7.2.12	Sonderregelungen für Organschaftsfälle	364
3.7.2.13	Der Zinsvortrag	366
3.7.2.13.1	Grundprinzip	366
3.7.2.13.2	Wegfall des Zinsvortrags	367
3.7.2.14	Auswirkungen der Zinsschranke auf die Gewerbesteuer	368
3.8	Genussrechte	368
3.9	Steuerbefreiungen nach § 8 b KStG	370
3.9.1	Rechtsentwicklung	370
3.9.2	Erhaltene Ausschüttungen bei Körperschaften	373
3.9.2.1	Grundprinzip (§ 8 b Abs. 1 KStG)	373

3.9.2.2	Steuerpflicht von Streubesitzdividenden (Neufassung des § 8 b Abs. 4 KStG)	374
3.9.2.2.1	Hintergrund und Grundprinzip	374
3.9.2.2.2	Ermittlung der Beteiligungshöhe	375
3.9.2.2.3	Das Stichtagsprinzip	377
3.9.3	Dividendenerträge bei der Gewerbesteuer (§ 8 Nr. 5 GewStG) ...	381
3.9.4	Auswirkungen auf die Kapitalertragsteuer	385
3.9.5	Ausweitung des materiellen Korrespondenzprinzips	385
3.9.6	Freistellung von Veräußerungsgewinnen (§ 8 b Abs. 2 KStG)	387
3.9.6.1	Grundprinzip des § 8 b Abs. 2 KStG	387
3.9.6.2	Missbrauchsregelungen (§ 8 b Abs. 4 KStG a. F.)	393
3.9.6.3	Zeitliche Anwendung von § 8 b Abs. 2 KStG	394
3.9.7	Veräußerungsverluste und Aufwendungen auf Beteiligungen (§ 8 b Abs. 3 und 5 KStG)	394
3.9.7.1	Veräußerungsverluste und Gewinnminderungen	394
3.9.7.2	Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen	395
3.9.7.3	Teilwertabschreibungen auf Darlehen	395
3.9.7.4	Laufende Aufwendungen	399
3.9.7.5	Zusammenfassung	400
3.9.7.6	Aufwendungen im Zusammenhang mit Veräußerungsgewinnen i. S. von § 8 b Abs. 2 KStG	401
3.9.8	Analoge Anwendung auf sonstige Fälle (§ 8 b Abs. 6 KStG)	402
3.9.9	Sonderregelung für Kreditinstitute (§ 8 b Abs. 7 KStG)	404
3.9.10	Sonderregelung für Lebens- und Krankenversicherungs- unternehmen (§ 8 b Abs. 8 KStG)	405
3.9.11	Sonderregelung bei Wertpapierleihe (§ 8 b Abs. 10 KStG)	406
3.9.12	Sonderregelung für Anteile an Unterstützungskassen (§ 8 b Abs. 11 KStG)	407
3.9.13	Anwendung von § 8 b KStG in Organschaftsfällen	407
3.10	Der Verlustabzug	408
3.10.1	Der steuerliche Verlust	408
3.10.2	Grundüberlegungen zur rechtlichen und wirtschaftlichen Identität von Kapitalgesellschaften und historische Entwicklung der Verlustabzugsbeschränkung	409
3.10.3	Verlustabzugsbeschränkung nach § 8 c KStG	412
3.10.3.1	Allgemeines und Überblick zu § 8 c KStG	412
3.10.3.2	Anwendungsbereich des § 8 c Abs. 1 KStG	413
3.10.3.3	Der Beteiligungserwerb als schädlicher Tatbestand	414
3.10.3.4	Erwerberkreis	415
3.10.3.4.1	Übertragung auf nahestehende Personen	416
3.10.3.4.2	Übertragung auf Erwerber mit gleichgerichteten Interessen	416
3.10.3.5	Erwerbstatbestände	417

3.10.3.6	Anteiliger Verlustuntergang bei einem Beteiligungserwerb von mehr als 25 % bis zu 50 % (§ 8 c Abs. 1 Satz 1 KStG)	419
3.10.3.7	Vollständiger Untergang des Verlustabzugs bei einem Beteiligungserwerb von mehr als 50 % (§ 8 c Abs. 1 Satz 2 KStG)	421
3.10.3.8	Nicht mehr maßgebliche Tatbestandsmerkmale in § 8 c Abs. 1 KStG	423
3.10.3.9	Rechtsfolgen des § 8 c Abs. 1 KStG	424
3.10.3.10	Besonderheiten bei unterjährigem Anteilseignerwechsel	424
3.10.3.11	Die Konzernklausel	425
3.10.3.12	Die „Stille-Reserven-Klausel“	429
3.10.3.13	Sanierungsklausel nach § 8 c Abs. 1 a KStG	431
3.10.3.14	Schädlicher Anteilerwerb durch eine Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft	433
3.10.3.15	Zeitliche Anwendung § 8 c KStG	434
3.10.4	Verlustrückstellungsbeschränkung für stille Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	436
3.10.4.1	Allgemeines	436
3.10.4.2	Steuerliche Konsequenzen bei der typisch stillen Gesellschaft	437
3.10.4.3	Steuerliche Konsequenzen für die atypisch stille Gesellschaft	437
3.10.4.4	Veräußerung der stillen Beteiligung	438
3.10.4.5	Zeitliche Anwendung	438
3.10.4.6	Anwendung der Verlustabzugsbeschränkung nach § 10 d EStG	439
3.10.5	Verlustabzug nach § 10 d EStG ab dem Veranlagungszeitraum 2004	439
3.10.5.1	Allgemeines	439
3.10.5.2	Zusammentreffen von Verlustvortrag und Verlustrücktrag	441
3.10.5.3	Zeitliche Anwendung	442
3.10.6	Der verbleibende Verlustabzug, Verfahrensfragen	442
3.11	Behandlung von Mitgliederbeiträgen	444
3.12	Abziehbare Aufwendungen	446
3.12.1	Allgemeines	446
3.12.2	Abziehbare Ausgaben bei Kommanditgesellschaften auf Aktien	446
3.12.3	Ausgaben für steuerbegünstigte Zwecke i. S. des § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG	448
3.12.3.1	Allgemeines	448
3.12.3.2	Begriff der Spende	449
3.12.3.3	Mitgliedsbeiträge	450
3.12.3.4	Sachzuwendungen	450
3.12.3.5	Zuwendungen von Nutzungen und Leistungen	451
3.12.3.6	Voraussetzungen für den Spendenabzug	452
3.12.3.6.1	Allgemeines	452
3.12.3.6.2	Abzug von Spenden und Mitgliedsbeiträgen	453

3.12.3.6.3	Zuwendungsempfänger	453
3.12.3.6.4	Zuwendungsnachweis § 50 EStDV	454
3.12.3.6.5	Verwendung der Zuwendung für steuerbegünstigte Zwecke	455
3.12.3.6.6	Aufzeichnungspflichten und buchmäßiger Nachweis	455
3.12.3.6.7	Vertrauensschutz für den Spender und Haftungsfrage	456
3.12.3.7	Spendenabzug für Zuwendungen ab dem Veranlagungszeitraum 2007	457
3.12.3.7.1	Ermittlung des Spendenabzugs	457
3.12.3.7.2	Wegfall des Zusatzhöchstbetrags für Stiftungszuwendungen	459
3.12.3.7.3	Spendenvortrag	460
3.12.3.7.4	Wahlrecht für die erstmalige Anwendung des neuen Spendenrechts	461
3.12.3.8	Einschränkung des Spendenabzugs	461
3.12.3.9	Spenden an politische Parteien	463
3.13	Nicht abziehbare Aufwendungen	463
3.13.1	Nicht abziehbare Ausgaben nach dem Einkommensteuergesetz	463
3.13.2	Nicht abziehbare Aufwendungen zur Erfüllung satzungsmäßiger Zwecke	464
3.13.3	Die nicht abziehbaren Steuern und Nebenleistungen	465
3.13.3.1	Nicht abziehbare Steuern	465
3.13.3.2	Nicht abziehbare Gewerbesteuer ab 2008	467
3.13.3.3	Steuerliche Nebenleistungen	468
3.13.3.4	Erstattung nicht abziehbarer Steuern	469
3.13.3.5	Erstattung von steuerlichen Nebenleistungen	471
3.13.4	Abzugsverbot für Geldstrafen und ähnliche Rechtsnachteile	472
3.13.5	Steuerliche Behandlung der Aufsichtsratsvergütungen	473
3.14	Sonderregelungen für Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds und Bausparkassen	475
3.14.1	Versicherungstechnische Rückstellungen	475
3.14.1.1	Schwankungsrückstellung	476
3.14.1.2	Schadenrückstellung	477
3.14.2	Beitragsrückerstattungen der Versicherungsunternehmen	478
3.14.3	Deckungsrückstellung	481
4.	Steuerliche Behandlung der Genossenschaften	482
4.1	Allgemeines	482
4.2	Geschäftsarten der Genossenschaften	482
4.3	Genossenschaftliche Rückvergütung/verdeckte Gewinnausschüttungen	483

5. Steuerbefreiungen und -vergünstigungen	488
5.1 Befreiungen gem. § 5 KStG	488
5.1.1 Allgemeines	488
5.1.1.1 Ausschluss der Steuerbefreiung für Einkünfte, die dem Steuerabzug unterliegen, und für die in § 32 Abs. 3 Satz 1 KStG genannten Einkünfte	489
5.1.1.2 Ausschluss der Steuerbefreiung bei beschränkter Steuerpflicht	490
5.1.1.3 Ausschluss der Steuerbefreiung in den Fällen der Körperschaftsteuererhöhung (bzw. bis 2008 auch in den Fällen der Nachversteuerung und der Körperschaftsteuerminderung)	490
5.1.2 Kapitalertragsteuerpflicht für Gewinne wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe der steuerbefreiten Körperschaften	491
5.1.3 Die steuerbefreiten Körperschaften des § 5 Abs. 1 Nrn. 1 bis 2 a KStG	492
5.1.4 Steuerbefreiung der Pensions-, Sterbe-, Kranken- und Unterstützungskassen	493
5.1.4.1 Allgemeines	493
5.1.4.2 Die einzelnen Voraussetzungen für die Steuerbefreiung	495
5.1.4.2.1 Der Kreis der Leistungsempfänger	495
5.1.4.2.2 Das Erfordernis der „sozialen Einrichtung“	495
5.1.4.2.3 Die Sicherung des Vermögens und der Einkünfte für Zwecke der Kasse	497
5.1.4.2.4 Zulässiges Kassenvermögen, Überdotierung	498
5.1.4.3 Partielle Steuerpflicht; Übertragung des überdotierten Vermögens	500
5.1.5 Kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	505
5.1.6 Die steuerbefreiten Berufsverbände	505
5.1.6.1 Allgemeines	505
5.1.6.2 Der Begriff des Berufsverbands	506
5.1.6.3 Maßgeblichkeit der Satzung und der tatsächlichen Geschäftsführung	508
5.1.6.4 Die Steuerpflicht des Berufsverbandes	509
5.1.6.4.1 Partielle Steuerpflicht bei wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb	509
5.1.6.4.2 Volle Steuerpflicht bei Verwendung der Mittel zur Parteienförderung	510
5.1.6.5 Die Körperschaftsteuer für Parteizuwendungen	510
5.1.6.6 Beispiele zur Steuerpflicht und Steuerberechnung von Berufsverbänden	511
5.1.6.7 Steuerliche Behandlung der Beiträge bei den Mitgliedern	512
5.1.7 Die Vermögensverwaltungsgesellschaften i. S. des § 5 Abs. 1 Nr. 6 KStG	513
5.1.8 Politische Parteien und ihre Gebietsverbände	513
5.1.9 Öffentlich-rechtliche Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen i. S. des § 5 Abs. 1 Nr. 8 KStG	515

5.1.10	Körperschaften, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen	516
5.1.10.1	Allgemeines, Kreis der Begünstigten	516
5.1.10.2	Die maßgeblichen Bestimmungen der Abgabenordnung.	518
5.1.10.2.1	Gemeinnützige Zwecke (§ 52 AO)	518
5.1.10.2.2	Mildtätige Zwecke (§ 53 AO)	522
5.1.10.2.3	Kirchliche Zwecke (§ 54 AO)	523
5.1.10.2.4	Selbstlosigkeit (§ 55 AO)	523
5.1.10.2.5	Ausschließlichkeit (§ 56 AO)	528
5.1.10.2.6	Unmittelbarkeit (§ 57 AO)	528
5.1.10.2.7	Steuerlich unschädliche Betätigungen (§ 58 AO)	529
5.1.10.2.8	Die Rücklagen- und Vermögensbildung (§ 62 AO)	530
5.1.10.2.9	Satzung und tatsächliche Geschäftsführung (§§ 59 bis 63 AO)	532
5.1.10.2.10	Das Feststellungsverfahren (§ 60 a AO)	533
5.1.10.2.11	Die Steuerpflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 Satz 2 KStG (§ 64 AO) . .	534
5.1.10.2.12	Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (§ 14 AO); Abgrenzung zur Vermögensverwaltung.	535
5.1.10.2.13	Das Einkommen aus einem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	538
5.1.10.2.14	Zweckbetriebe (§§ 65 bis 68 AO)	542
5.1.10.3	Freistellungsbescheid, Körperschaftsteuerbescheid (Anerkennung und Überprüfung der Gemeinnützigkeit)	544
5.1.10.4	Zusammenfassender Beispielsfall	546
5.1.11	Vermietungsgenossenschaften und -vereine	548
5.1.11.1	Allgemeines	548
5.1.11.2	Die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für die Steuerbefreiung	549
5.1.11.3	Die Steuerpflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 10 Satz 2 KStG	550
5.1.12	Gemeinnützige Siedlungsunternehmen	550
5.1.13	Land- und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	551
5.1.14	Pensions-Sicherungs-Verein – Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	554
5.1.15	Steuerbefreiung von Kreditsicherungseinrichtungen	555
5.1.16	Bürgschaftsbanken und Kreditgarantiegemeinschaften	555
5.1.17	Wirtschaftsförderungsgesellschaften	556
5.1.18	Gesamthafenbetriebe	558
5.1.19	Versorgungsverbände	558
5.1.20	Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Dienst der Krankenversicherung	559
5.1.21	Gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien.	559
5.1.22	Auftragsforschung öffentlich-rechtlicher Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen	560

Inhaltsübersicht

5.2	Steuerfreibeträge, Besteuerung kleiner Körperschaften	561
5.2.1	Freibetrag für bestimmte Körperschaften	561
5.2.2	Freibetrag für bestimmte land- und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	562
5.2.3	Besteuerung kleiner Körperschaften (Bagatellregelung)	564
5.3	Beginn und Erlöschen einer Steuerbefreiung	565
5.3.1	Allgemeines	565
5.3.2	Beginn einer Steuerbefreiung	566
5.3.3	Erlöschen einer Steuerbefreiung	567
5.3.4	Sonderregelung nach § 13 Abs. 4 KStG	568
5.3.5	Partielle Steuerbefreiung gem. § 13 Abs. 5 KStG	569
5.3.6	Beteiligung i. S. von § 17 EStG an einer Kapitalgesellschaft außerhalb des Betriebsvermögens	570
6.	Grenzüberschreitende Sachverhalte	571
6.1	Allgemeines und Systematik der Doppelbesteuerungsabkommen	571
6.2	Ausländische Einkünfte einer inländischen Körperschaft („Outbound-Fall“) . .	572
6.2.1	Betriebsstätte in einem Nicht-DBA-Staat	572
6.2.1.1	Anrechnung ausländischer Steuern (§ 26 Abs. 1 und 2 KStG)	572
6.2.1.2	Abzug ausländischer Steuern (§ 26 Abs. 2 Satz 2 KStG)	574
6.2.1.3	Verluste aus der Auslandsbetriebsstätte	575
6.2.2	Betriebsstätte in einem DBA-Staat	577
6.2.2.1	Grundprinzip	577
6.2.2.2	Regelfall: Freistellungsmethode	578
6.2.2.3	Anrechnungsmethode	580
6.2.3	Entstrickungsregelungen	581
6.2.3.1	Entnahmen und Einlagen	581
6.2.3.1.1	Entnahmen	581
6.2.3.1.2	Anteile an einer Europäischen Gesellschaft oder Genossenschaft . .	582
6.2.3.1.3	Einlagen	583
6.2.3.2	Anteile an Kapitalgesellschaften i. S. von § 17 EStG und Verlegung von Sitz oder Ort der Geschäftsleitung ins Ausland . . .	583
6.2.3.3	Behandlung bei Kapitalgesellschaften (§ 12 KStG)	584
6.2.3.4	Steuerstundungsmöglichkeit durch Bildung eines Ausgleichspostens	586
6.2.3.4.1	Voraussetzungen	586
6.2.3.4.2	Ausnahmen	586
6.2.3.4.3	Anwendungszeitraum	587
6.2.3.4.4	Buchmäßige Behandlung	587
6.2.3.4.5	Höhe des Ausgleichspostens	587
6.2.3.4.6	Vorzeitige gewinnerhöhende Auflösung des Ausgleichspostens . . .	588
6.2.3.4.7	Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	588
6.2.3.4.8	Besonderheiten im Rückführungsfall	588
6.2.3.4.9	Rechtsfolgen einer Rücküberführung	589

6.2.4	Basisgesellschaften	590
6.3	Steuerausländer mit inländischen Einkünften („Inbound-Fall“)	592
6.3.1	Inländische Einkünfte einer ausländischen Körperschaft	592
6.3.2	Ausländische Anteilseigner inländischer Kapitalgesellschaften	593
6.4	Außensteuergesetz	595
6.4.1	Allgemeines	595
6.4.2	Die Einzelregelungen des Außensteuergesetzes.	596
6.4.2.1	Berichtigung von Einkünften bei internationalen Verflechtungen (§ 1 AStG)	596
6.4.2.1.1	Grundprinzip (§ 1 Abs. 1 AStG)	596
6.4.2.1.2	Begriff der nahestehenden Person (§ 1 Abs. 2 AStG)	597
6.4.2.1.3	Verhältnis zur verdeckten Gewinnausschüttung und zur verdeckten Einlage	597
6.4.2.1.4	Verrechnungspreise (§ 1 Abs. 3 AStG)	598
6.4.2.1.5	Funktionsverlagerungen (§ 1 Abs. 3 Satz 9 ff. AStG)	599
6.4.2.2	Wohnsitzwechsel in niedrig besteuerte Gebiete (§§ 2 bis 5 AStG) ..	601
6.4.2.3	Beteiligungen nach § 17 EStG bei Wohnsitzwechsel ins Ausland (§ 6 AStG)	601
6.4.2.4	Hinzurechnungsbesteuerung (§§ 7 bis 14 AStG)	602
6.4.2.5	Besteuerung des Einkommens ausländischer Familienstiftungen (§ 15 AStG)	604
7.	Körperschaftsteuertarif	605
7.1	Allgemeines – Berechnung der Körperschaftsteuer	605
7.2	Regelsteuersatz von 15 % für Veranlagungszeiträume ab 2008 (§ 23 Abs. 1 KStG)	606
7.3	Besondere Steuersätze	606
7.4	Ermäßigung der tariflichen Körperschaftsteuer.	607
7.5	Solidaritätszuschlag	608
8.	Ausschüttungen an die Anteilseigner	611
8.1	Vom Anrechnungsverfahren über das Halbeinkünfteverfahren zur Abgeltungsteuer	611
8.1.1	Einführung zu den einzelnen Systemwechseln	611
8.1.2	Grundlagen des Anrechnungsverfahrens	612
8.1.3	Grundlagen des Halbeinkünfteverfahrens	613
8.1.4	Grundlagen der Abgeltungsteuer	613
8.1.5	Der Übergang aus der Gliederungsrechnung in das Halbeinkünfteverfahren	614

Inhaltsübersicht

8.2	Einzelheiten zu den Gewinnausschüttungen	616
8.2.1	Arten von Gewinnausschüttungen	616
8.2.2	Ausschüttungen, die auf einem den gesellschaftsrechtlichen Vorschriften entsprechenden Gewinnverteilungsbeschluss für ein abgelaufenes Wirtschaftsjahr beruhen	616
8.2.3	Vorabauschüttungen	617
8.2.4	Der Gewinnverteilungsbeschluss	618
8.2.4.1	Ordnungsgemäßer Gewinnverteilungsbeschluss	618
8.2.4.2	Zulässiger Zeitraum für die Fassung des Gewinnverteilungs- beschlusses nach dem Bilanzstichtag	620
8.2.4.3	Änderung von Gewinnverteilungsbeschlüssen	621
8.2.5	Zeitpunkt der Gewinnausschüttung	622
8.2.6	Rückzahlung einer Ausschüttung führt nicht zur Aufhebung derselben.	624
8.2.7	Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren	626
8.2.8	Inkongruente Ausschüttungen	626
8.3	Das Körperschaftsteuerguthaben und dessen Verwendung (§ 37 KStG)	630
8.3.1	Erstmalige Ermittlung und erstmalige Feststellung des Körperschaftsteuerguthabens	630
8.3.2	Berücksichtigung der Körperschaftsteuererminderung	631
8.3.3	Moratorium gem. § 37 Abs. 2 a Nr. 1 KStG	631
8.3.4	Höchstbetrag der Körperschaftsteuererminderung ab dem Veran- lagungszeitraum 2006 für Ausschüttungen bis zum 31.12.2006 (§ 37 Abs. 2 a Nr. 2 KStG)	632
8.3.5	Letztmalige Ermittlung des Körperschaftsteuerguthabens (§ 37 Abs. 4 KStG)	633
8.3.5.1	Letztmalige Ermittlung des Körperschaftsteuerguthabens im Regelfall	634
8.3.5.2	Letztmalige Ermittlung des Körperschaftsteuerguthabens in Umwandlungsfällen	634
8.3.6	Ratierliche Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens in den Jahren 2008 bis 2017	635
8.3.6.1	Kleinbetragsregelung	636
8.3.6.2	Bilanzsteuerliche Folgen des Auszahlungsmodells	636
8.3.6.3	Steuerliche Behandlung der Guthabensauszahlung bzw. -aktivierung	637
8.3.6.4	Steuerliche Behandlung der Guthabensauszahlung in den Fällen der Abtretung	638
8.3.6.5	Nachträgliche Änderung der Höhe des Körperschaftsteuer- guthabens	638
8.3.6.6	Auswirkungen auf den Solidaritätszuschlag	639
8.4	Die Körperschaftsteuererhöhung (§ 38 KStG)	639
8.4.1	Rechtslage bis 31.12.2006	639

8.4.2	Ratierliche Nachzahlung des Körperschaftsteuererhöhungsbetrags – sog. Nachzahlungsmodell für das EK 02 (Rechtslage ab 01.01.2007)	640
8.4.2.1	Letztmalige Feststellung des Endbestands EK 02 und letztmalige ausschüttungsabhängige Körperschaftsteuererhöhung	641
8.4.2.2	Berechnung des Körperschaftsteuererhöhungsbetrags nach § 38 Abs. 5 KStG	641
8.4.2.3	Kleinbetragsgrenze von 1.000 Euro	643
8.4.2.4	Entrichtung des Körperschaftsteuer-Nachzahlungsbetrags	644
8.4.2.4.1	Grundprinzip	644
8.4.2.4.2	Entrichtung in einer Summe	644
8.4.2.5	Bilanzsteuerrechtliche Behandlung des Körperschaftsteuererhöhungsbetrags	645
8.4.2.6	Körperschaftsteuerliche Behandlung des Körperschaftsteuererhöhungsbetrags	645
8.4.2.7	Sonderregelung für Liquidationsfälle	646
8.4.2.8	Körperschaftsteuererhöhungsbetrag bei Umwandlungen	646
8.4.2.8.1	Umwandlung einer Körperschaft auf ein Personenunternehmen	646
8.4.2.8.2	Verschmelzung und Spaltung auf eine andere Körperschaft	647
8.4.2.8.3	Grenzüberschreitende Umwandlungen	647
8.4.2.9	Nachträgliche Änderung des Körperschaftsteuernachzahlungsbetrags	647
8.4.2.10	Auswirkung auf den Solidaritätszuschlag	648
8.4.2.11	Wahlrecht auf Weitergeltung des bisherigen Rechts für bestimmte Körperschaften (§ 34 Abs. 16 KStG)	648
8.4.2.11.1	Allgemeines und Antragsfrist	648
8.4.2.11.2	Vom Wahlrecht betroffene Körperschaften	648
8.4.2.11.3	Zeitliche Voraussetzungen des Wahlrechts	649
8.5	Das steuerliche Einlagekonto (§ 27 KStG)	650
8.5.1	Notwendigkeit des Ausweises von Gesellschaftereinlagen	650
8.5.2	Betroffene Körperschaften	651
8.5.3	Anfangsbestand	652
8.5.4	Zugänge auf dem steuerlichen Einlagekonto	652
8.5.5	Verwendung des steuerlichen Einlagekontos für Leistungen der Körperschaft	653
8.5.6	Übersicht: Zu- und Abgänge auf dem steuerlichen Einlagekonto	659
8.5.7	Ausstellung einer Steuerbescheinigung	659
8.5.8	Festschreibung der Verwendung aus dem steuerlichen Einlagekonto	659
8.5.9	Verfahrensfragen	662
8.5.9.1	Fortschreibung und gesonderte Feststellung des Einlagekontos	662
8.5.9.2	Grundlagenfunktion	662
8.5.9.3	Erklärungspflicht	662
8.5.10	Das Einlagekonto in Fällen der Organschaft	663

Inhaltsübersicht

8.5.11	Weitere Sonderfälle	664
8.5.12	Einlagenrückzahlung auf der Ebene des Anteilseigners	664
8.6	Besteuerung der Anteilseigner	666
8.6.1	Allgemeines	666
8.6.1.1	Rechtsänderung durch die Unternehmensteuerreform 2008	666
8.6.1.2	Zuflusszeitpunkt von Dividenden bei Anteilen im Privatvermögen	666
8.6.1.3	Zuflusszeitpunkt von Dividenden bei Anteilen im Betriebsvermögen	668
8.6.1.4	Übersicht zur zeitlichen Erfassung von Gewinnausschüttungen	669
8.6.1.5	Steuerbescheinigungen	670
8.6.2	Rechtslage bis 2008 (Halbeinkünfteverfahren)	670
8.6.3	Rechtslage ab 2009 (Abgeltungsteuer und Teileinkünfteverfahren)	671
8.6.3.1	Gründe für den Systemwechsel	671
8.6.3.2	Grundsystematik/Überblick	672
8.6.3.3	Anteile im Privatvermögen	674
8.6.3.3.1	Laufende Dividendenerträge	674
8.6.3.3.2	Veräußerungsgewinne und -verluste	676
8.6.3.3.2.1	Beteiligung ab 1 %	676
8.6.3.3.2.2	Beteiligung unter 1 %	678
8.6.3.3.2.3	Einbringungsgeborene Anteile	678
8.6.3.3.2.4	Ausnahmsweise wahlweise Einbeziehung in die Veranlagung	679
8.6.3.3.2.5	Zwangswise Einbeziehung in die Veranlagung zum Regelsteuersatz	682
8.6.3.4	Anteile im Betriebsvermögen	686
8.6.3.5	Überblick über die verschiedenen Besteuerungsarten für Kapitalerträge	693
8.6.3.6	Zeitliche Anwendung der Abgeltungsteuer und des Teileinkünfteverfahrens	694
8.6.4	Erträge aus Investmentfonds	694
8.6.4.1	Allgemeines	694
8.6.4.2	Grundsatz der Transparenz	694
8.6.4.3	Definitionen	695
8.6.4.4	Gleichstellung inländischer und ausländischer Investmentfonds	695
8.6.4.5	Besteuerung von Zwischengewinnen	696
8.6.4.6	Anwendbarkeit des Teileinkünfteverfahrens	696
8.6.4.7	Ermittlung und Besteuerung der Erträge (§§ 5, 6 InvStG)	697
8.6.4.8	Behandlung von Veräußerungsgewinnen	698
8.6.4.8.1	Veräußerungen durch den Fond	698
8.6.4.8.2	Veräußerung/Rückgabe des Fondsanteils	698
8.6.4.9	Teilwertabschreibungen auf Fondsanteile im Betriebsvermögen	698
8.6.5	Kapitalertragsteuer	699
8.6.5.1	Steuersatz	699
8.6.5.2	Zeitliche Erfassung	700

8.6.5.3	Erstattungsregelungen zur Kapitalertragsteuer	701
8.6.5.4	Meldungen an das Bundeszentralamt für Steuern (§ 45 d EStG) ..	701
8.7	Steuertatbestände für bestimmte Gewinntransfers und Bezüge	701
8.7.1	Notwendigkeit der zusätzlichen Steuertatbestände	701
8.7.2	Einkünfte i. S. von § 20 Abs. 1 Nr. 9 EStG	702
8.7.3	Einkünfte i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG	704
8.7.3.1	Grundsatz	704
8.7.3.2	Einnahmen i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. a EStG	706
8.7.3.3	Einnahmen i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG	706
8.7.3.3.1	Grundprinzip	707
8.7.3.3.2	Buchführungspflichten für Betriebe gewerblicher Art	707
8.7.3.3.3	Belastungsvergleich	708
8.7.3.3.4	Zuführung und Auflösung von Gewinnrücklagen	709
8.7.3.3.5	Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe steuerbefreiter Körperschaften ..	710
8.7.3.3.6	Zeitpunkt des Kapitalertragsteuerabzugs	711
9.	Die Organschaft	712
9.1	Allgemeines	712
9.1.1	Begriff	712
9.1.2	Voraussetzungen der Organschaft bei den einzelnen Steuerarten ..	712
9.1.3	Vor- und Nachteile einer Organschaft	713
9.1.4	Rechtsgrundlagen	714
9.2	Voraussetzungen der Organschaft	715
9.2.1	Der Organträger	715
9.2.1.1	Natürliche Personen als Organträger	715
9.2.1.2	Körperschaften als Organträger	715
9.2.1.3	Personengesellschaften als Organträger	717
9.2.1.4	Mehrmütterorganschaft	719
9.2.2	Die Organgesellschaft(en)	719
9.2.3	Finanzielle Eingliederung	720
9.2.3.1	Finanzielle Eingliederung bei mittelbarer Beteiligung	721
9.2.3.2	Finanzielle Eingliederung bei Personengesellschaften als Organträger.	724
9.2.3.3	Zeitliche Eingliederungsvoraussetzungen	725
9.2.3.4	Betriebsstättenvorbehalt	728
9.2.3.5	Keine Doppelberücksichtigung negativer Einkünfte	730
9.3	Der Gewinnabführungsvertrag	731
9.3.1	Der Gewinnabführungsvertrag der AG oder KGaA	731
9.3.2	Der Gewinnabführungsvertrag anderer Kapitalgesellschaften	733
9.3.3	Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung aller Gewinnabführungsverträge	737

Inhaltsübersicht

9.3.3.1	Erstmalige Geltung des Gewinnabführungsvertrags	737
9.3.3.2	Mindestdauer des Gewinnabführungsvertrags und steuerliche Folgen bei vorzeitiger Beendigung	738
9.3.3.3	Tatsächlicher Vollzug des Gewinnabführungsvertrags	741
9.3.3.4	Die Heilungsmöglichkeit bei fehlerhafter Gewinnabführung	745
9.3.3.5	Berechnung der 5-Jahres-Frist für den Gewinnabführungs- vertrag	747
9.3.3.6	Gewinnabführung bei Auflösung der Organgesellschaft	747
9.3.4	Rechtsfolgen bei Vorliegen eines Gewinnabführungsvertrags	747
9.4	Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft	748
9.4.1	Beschränkung des Verlustabzugs nach § 15 Satz 1 Nr. 1 KStG	749
9.4.2	Anwendung des § 8 b KStG gem. § 15 Satz 1 Nr. 2 KStG	750
9.4.3	Anwendung des § 4 Abs. 7 UmwStG gem. § 15 Satz 1 Nr. 2 KStG	752
9.4.4	Internationales Schachtelprivileg	753
9.4.5	Anwendung der Zinsschranke nach § 4 h EStG gem. § 15 Satz 1 Nr. 3 KStG	754
9.4.6	Anwendung des § 8 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 7 KStG nach § 15 Satz 1 Nr. 4 KStG	756
9.4.7	Anwendung des § 8 Abs. 9 KStG nach § 15 Satz 1 Nr. 5 KStG	756
9.4.8	Körperschaftsteuerguthaben der Organgesellschaft	756
9.4.9	Anwendung des § 8 c KStG bei schädlichem Beteiligungserwerb beim Organträger	757
9.5	Zurechnung des Einkommens des Organs beim Organträger	758
9.5.1	Zeitliche Zuordnung des Einkommens	758
9.5.2	Steuerliche Behandlung der Ausgleichszahlungen	759
9.5.3	Verfahrensfragen	759
9.6	Die Einkommensermittlung beim Organträger	761
9.6.1	Rückstellung für drohende Verluste aus Verlustübernahme	762
9.6.2	Teilwertabschreibungen auf die Organbeteiligung	762
9.6.3	Finanzierungsaufwand auf die Beteiligung	763
9.6.4	Veräußerung der Organbeteiligung	763
9.6.5	Verdeckte Gewinnausschüttungen	763
9.6.6	Spendenabzug	764
9.6.7	Thesaurierungsbegünstigung nach § 34 a EStG	765
9.6.8	Vereinfachtes Berechnungsschema zur Ermittlung des Organträger Einkommens	766
9.7	Ausgleichszahlungen und eigenes Einkommen des Organs	767
9.8	Rücklagen – Ausgleichsposten	770
9.8.1	Auflösung und Ausschüttung vorvertraglicher offener Rücklagen	770
9.8.2	Auflösung vorvertraglicher stiller Reserven	770

9.8.3	Organschaftliche Mehr- und Minderabführungen	770
9.8.4	Vororganschaftliche Mehr- und Minderabführungen	773
9.8.5	Berücksichtigung der Mehr- und Minderabführungen beim steuerlichen Einlagekonto i. S. des § 27 KStG.	773
9.9	Anwendung besonderer Tarifvorschriften und Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen	774
9.10	Beispiel	776
9.11	Die „verunglückte“ Organschaft	781
10.	Kapitalverändernde Maßnahmen: Kapitalerhöhung – Kapitalherabsetzung . . .	783
10.1	Kapitalerhöhung	783
10.1.1	Allgemeines	783
10.1.2	Kapitalerhöhung gegen Einlage	785
10.1.2.1	Auswirkungen auf das Einkommen der Kapitalgesellschaft	785
10.1.2.2	Sonstige Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft	786
10.1.2.3	Auswirkungen bei den Anteilseignern	786
10.1.3	Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	787
10.1.3.1	Auswirkungen auf das Einkommen der Kapitalgesellschaft	787
10.1.3.2	Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft nach § 28 KStG (Sonderausweis)	787
10.1.3.3	Auswirkungen bei den Anteilseignern	790
10.2	Kapitalherabsetzung	791
10.2.1	Ordentliche Kapitalherabsetzung	792
10.2.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung	792
10.2.3	Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Anteilen	793
10.2.4	Auswirkungen der Kapitalherabsetzung bei der Kapitalgesellschaft	793
10.2.4.1	Auswirkungen auf das Einkommen der Kapitalgesellschaft	793
10.2.4.2	Auswirkung der Kapitalherabsetzung auf den Sonderausweis nach § 28 KStG	794
10.2.4.3	Auswirkung der Kapitalherabsetzung auf das steuerliche Einlagekonto	795
10.2.4.4	Auswirkungen bei Nennkapitalrückzahlung nach Kapitalherabsetzung	797
10.2.4.5	Auswirkungen der Kapitalherabsetzung beim Anteilseigner	799
10.2.4.5.1	Ordentliche Kapitalherabsetzung mit Nennkapitalrückzahlung	799
10.2.4.5.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung	802
10.2.4.5.3	Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Anteilen	802
10.2.4.5.4	Der Erwerb eigener Anteile durch die Kapitalgesellschaft	803
10.2.4.5.4.1	Die geänderte Rechtslage durch Inkrafttreten des BilMoG	803
10.2.4.5.4.2	Verdeckte Gewinnausschüttungs-Probleme beim Erwerb und der Weiterveräußerung eigener Anteile	808

Inhaltsübersicht

11. Auflösung und Abwicklung (Liquidation)	811
11.1 Grundsätzliches	811
11.2 Liquidationsbesteuerungszeitraum	812
11.2.1 Beginn des Liquidationsbesteuerungszeitraums	812
11.2.2 Dauer des Liquidationsbesteuerungszeitraums	813
11.3 Die Ermittlung des Abwicklungsgewinns	815
11.3.1 Abwicklungs-Anfangsvermögen	815
11.3.2 Abwicklungs-Endvermögen	816
11.3.3 Verlustabzug bei der Liquidationsbesteuerung	817
11.3.4 Berechnungsschema für das zu versteuernde Einkommen des Liquidationszeitraums	818
11.3.5 Maßgebender Steuertarif für den Abwicklungsgewinn	819
11.4 Liquidation und Halbeinkünfteverfahren	819
11.5 Auswirkungen der Vermögensverteilung im Rahmen der Liquidation	819
11.5.1 Nennkapitalrückzahlung	820
11.5.1.1 Verringerung des Sonderausweises i. S. des § 28 Abs. 1 Satz 3 KStG	820
11.5.1.2 Rückzahlung des den Sonderausweis übersteigenden Betrags des Nennkapitals	821
11.5.2 Berücksichtigung der Körperschaftsteuererminderung nach § 37 KStG	822
11.5.3 Körperschaftsteuererhöhung nach § 38 KStG bei Verwendung des EK 02	823
11.5.4 Verwendung des steuerlichen Einlagekontos gem. § 27 KStG	824
11.6 Einkünfte der Gesellschafter infolge der Liquidation	826
11.6.1 Anteilseigner ist eine natürliche Person	827
11.6.1.1 Beteiligung im Privatvermögen	827
11.6.1.2 Beteiligung im Betriebsvermögen	829
11.6.2 Anteilseigner ist eine Kapitalgesellschaft	830
11.7 Zusammenfassendes Beispiel zur Liquidation	831
12. Änderung der Unternehmensform	838
12.1 Handelsrechtliche Grundlagen	838
12.1.1 Allgemeines	838
12.1.2 Verschmelzung	839
12.1.3 Spaltung	841
12.1.4 Vermögensübertragung	842
12.1.5 Formwechsel	842

12.1.6	Handelsrechtlicher „Umwandlungsfahrplan“	843
12.1.7	Weitere Möglichkeiten zur Änderung der Unternehmensform	843
12.1.8	Übersicht.	844
12.2	Steuerliche Folgen der Änderung der Unternehmensform	845
12.2.1	Überblick	845
12.2.1.1	Allgemeines	845
12.2.1.2	Gesetzliche Grundlagen/Verhältnis zum UmwG	846
12.2.1.3	Zeitliche Anwendung des UmwStG/Gesetzesänderungen	847
12.2.1.4	Gliederung/Aufbau des Umwandlungssteuer-Erlasses	848
12.2.2	Steuerliche Rückwirkung von Umwandlungen.	848
12.2.2.1	Grundsatz	848
12.2.2.2	Handelsrechtlicher Umwandlungsstichtag/steuerlicher Übertragungsstichtag	849
12.2.2.3	Keine Rückwirkung für ausscheidende Anteilseigner	850
12.2.2.4	Behandlung von Gewinnausschüttungen	851
12.2.2.5	Andere Rechtsgeschäfte im Rückwirkungszeitraum	853
12.2.2.6	Verluste im Rückwirkungszeitraum von Umwandlungen (Neuregelung des § 2 Abs. 4 UmwStG)	854
12.2.3	Verhältnis der steuerlichen Wertansätze zur Handelsbilanz	855
12.2.4	Umwandlung einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesell- schaft oder eine natürliche Person (§§ 3–9, 18 UmwStG)	855
12.2.4.1	Überblick über die gesetzlichen Grundentscheidungen	855
12.2.4.2	Beispielfälle	857
12.2.4.3	Die Ausschüttungsfiktion des § 7 UmwStG	861
12.2.4.4	Ermittlung des Übernahmegewinns und Übernahmeverlustes (§ 4 Abs. 4 und 5 UmwStG)	862
12.2.4.5	Steuerliche Behandlung des Übernahmeergebnisses	863
12.2.4.6	Bilanzfortführung bei der übernehmenden Gesellschaft (§ 4 Abs. 2 UmwStG)	865
12.2.4.7	Übernahmefolgegewinn (§ 6 UmwStG)	865
12.2.4.8	Gewerbesteuerliche Auswirkungen des Übernahmeergebnisses . . .	866
12.2.4.9	Vermögensübergang auf einen Rechtsträger ohne Betriebs- vermögen (§ 8 UmwStG)	866
12.2.4.10	Körperschaftsteuerguthaben und Körperschaftsteuererhöhungs- betrag	867
12.2.5	Verschmelzung von Körperschaften (§§ 11–13, 19 UmwStG)	868
12.2.5.1	Allgemeines	868
12.2.5.2	Besteuerung der übertragenden Kapitalgesellschaft (§ 11 UmwStG)	869
12.2.5.2.1	Grundsatz: Ansatz mit dem gemeinen Wert (§ 11 Abs. 1 UmwStG)	869
12.2.5.2.2	Wahlrecht zum Ansatz der Buch- oder Zwischenwerte (§ 11 Abs. 2 UmwStG)	870
12.2.5.3	Besteuerung der übernehmenden Kapitalgesellschaft (§ 12 UmwStG)	872

12.2.5.3.1	Buchwertverknüpfung	872
12.2.5.3.2	Ermittlung des Übernahmegewinns/-verlustes	873
12.2.5.3.3	Hinzurechnungsbesteuerung nach § 12 Abs. 1 Satz 2 UmwStG . . .	874
12.2.5.3.4	Eintritt in die Rechtsstellung der übertragenden Kapitalgesellschaft (§ 12 Abs. 3 UmwStG)	875
12.2.5.3.4.1	Allgemeines	875
12.2.5.3.4.2	Kein Übergang eines Verlustabzugs	876
12.2.5.3.4.3	Schicksal eines Zinsvortrags	877
12.2.5.3.5	Das Schicksal der Umwandlungskosten	877
12.2.5.4	Besteuerung der Gesellschafter der übertragenden Körperschaft (§ 13 UmwStG)	878
12.2.5.4.1	Grundsatz: Veräußerungsfiktion zum gemeinen Wert	878
12.2.5.4.2	Wahlrecht zum Ansatz des Buchwerts bzw. der Anschaffungskosten	878
12.2.5.4.3	Folgen des Buchwertansatzes	879
12.2.5.5	Gewerbsteuerliche Auswirkungen der Verschmelzung (§ 19 UmwStG)	880
12.2.5.6	Auswirkung der Verschmelzung auf das Einlagekonto (§§ 28, 29 KStG)	880
12.2.5.7	Auswirkung der Verschmelzung auf das Körperschaftsteuerguthaben nach § 37 KStG und den Erhöhungsbetrag nach § 38 KStG	884
12.2.6	Spaltung von Kapitalgesellschaften (§ 15 UmwStG)	885
12.2.6.1	Allgemeines	885
12.2.6.2	Voraussetzungen für eine steuerneutrale Spaltung (§ 15 Abs. 1 und 2 UmwStG)	886
12.2.6.2.1	Teilbetriebseigenschaft	886
12.2.6.2.2	Missbrauchstatbestand des § 15 Abs. 2 Satz 1 UmwStG	887
12.2.6.2.3	Veräußerung und Vorbereitung der Veräußerung (§ 15 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 UmwStG)	889
12.2.6.2.4	Trennung von Gesellschafterstämmen (§ 15 Abs. 2 Satz 5 UmwStG)	891
12.2.6.3	Folgen für Verluste (§ 15 Abs. 3 UmwStG)	892
12.2.6.4	Auswirkung der Spaltung auf das Einlagekonto (§§ 28, 29 KStG)	892
12.2.6.5	Auswirkung der Spaltung auf das Körperschaftsteuerguthaben nach § 37 KStG und den Erhöhungsbetrag nach § 38 KStG	893
12.2.6.6	Aufspaltung bzw. Abspaltung auf eine Personengesellschaft	893
12.2.7	Übersicht zum Vermögensübergang im Wege der Gesamtrechtsnachfolge nach dem UmwStG	894
12.2.8	Einbringungen in Kapitalgesellschaften (§§ 20–23 UmwStG)	894
12.2.8.1	Allgemeines	894
12.2.8.2	Die Einbringung von Unternehmensteilen (§ 20 UmwStG)	895
12.2.8.2.1	Anwendungsbereich der Regelung	895
12.2.8.2.2	Anwendungsvoraussetzungen des § 20 UmwStG	896
12.2.8.2.3	Beteiligte der Einbringung	896
12.2.8.2.4	Gegenstand der Einbringung	898
12.2.8.2.4.1	Betriebe, Teilbetriebe	898

12.2.8.2.4.2	Mitunternehmeranteile	900
12.2.8.2.5	Gegenleistung: Gewährung neuer Anteile	901
12.2.8.2.6	Zeitpunkt der Einbringung	906
12.2.8.2.7	Wertansatz des eingebrachten Vermögens	910
12.2.8.2.7.1	Grundsatz: Ansatz mit dem gemeinen Wert	910
12.2.8.2.7.2	Wahlrecht zum Ansatz des Buchwerts oder Zwischenwerts	910
12.2.8.2.8	Verhältnis zum Handelsrecht	911
12.2.8.2.9	Besonderheiten beim Formwechsel	913
12.2.8.2.10	Besteuerung des Einbringungsgewinns	914
12.2.8.3	Einbringung von Anteilen (Anteilstausch; § 21 UmwStG)	915
12.2.8.3.1	Anwendungsbereich und -voraussetzungen	915
12.2.8.3.2	Qualifizierter Anteilstausch	916
12.2.8.3.3	Keine Rückwirkung des Anteilstauschs	918
12.2.8.3.4	Folgen für den Einbringenden	918
12.2.8.4	Besteuerung des Anteilseigners	919
12.2.8.4.1	Allgemeines	919
12.2.8.4.2	Auswirkung bei Einbringung aktiver betrieblicher Einheiten	922
12.2.8.4.3	Auswirkungen auf eingebrachte Anteile	924
12.2.8.4.4	Ersatztatbestände für die Veräußerung (§ 22 Abs. 1 Satz 6 UmwStG)	926
12.2.8.4.5	Nachweispflicht (§ 22 Abs. 3 UmwStG)	927
12.2.8.5	Auswirkungen bei der übernehmenden Kapitalgesellschaft (§ 23 UmwStG)	929
12.2.8.5.1	Allgemeines	929
12.2.8.5.2	Buchwertansatz	930
12.2.8.5.3	Zwischenwertansatz	930
12.2.8.5.4	Ansatz der gemeinen Werte	932
12.2.8.6	Veräußerung von Anteilen aus Einbringungen vor dem 13.12.2006	932
12.2.9	Einbringungen in Personengesellschaften (§ 24 UmwStG)	933
13.	Entstehung der Körperschaftsteuer; Steuerklärungspflicht, Veranlagung, Erhebung; Zerlegung der Körperschaftsteuer	935
13.1	Entstehung der Körperschaftsteuer	935
13.2	Steuerklärungspflicht, Veranlagung und Steuererhebung	936
13.3	Abgeltung der Körperschaftsteuer durch Steuerabzugsbeträge	338
13.4	Zerlegung der Körperschaftsteuer	939
	Abkürzungsverzeichnis	941
	Paragraphenschlüssel	945
	Stichwortverzeichnis	951